

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales
des Gemeinderats
vom 29. November 2022

öffentlich

§ 385

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2023
für den Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in § 391 der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2022 aufgeführt.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, begrüßt die Anwesenden und gibt bekannt, dass er sich über die Flut von Anträgen gewundert habe, die erst am vergangenen Abend eingegangen seien und auf die die Verwaltung in dieser kurzen Zeit habe nicht entsprechend reagieren könne.

Erster Bürgermeister Bendel verdeutlicht mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation den Haushalt 2023 des Fachbereichs Bildung und Soziales, die Mittelfristige Finanzplanung 2022-2026 sowie die Investitionsstrategie 2022-2031 (Anlage zu dieser Niederschrift).

1. Teilergebnishaushalt

Oberbürgermeister Czisch betont die Summe von 182 Mio. Euro für den Ergebnishaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales und legt dar, dass die vorliegenden Anträge teilweise die beschlossene Konsolidierung zurücknehmen wollten. Er unterstreicht, dass mit einer soliden Haushaltspolitik dauerhaft die Leistungsfähigkeit sichergestellt werden müsse.

Ihm werde häufig die Frage gestellt, wer die Schulden zurückzahlen werde und diese Frage müsse beantwortet werden.

Sehr schwierig sei, dass sich der Bund aus immer mehr Bereichen zurückziehe und wie selbstverständlich davon ausgehe, dass die Kommunen dies auf Dauer kompensierten. Darin sehe er sozialpolitischen und finanzpolitischen Sprengstoff.

Er bittet darüber nachzudenken, weshalb die Stadt so solide aufgestellt sei und an den erforderlichen Stellen unterstützen könne.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) stellt klar, die eingereichten Anträge würden vor allem die vulnerablen Gruppen der Gesellschaft betreffen, die in der jetzigen Zeit nicht übersehen werden dürften. Er sichert zu, dass mit den Haushaltsmitteln achtsam umgegangen werde. In diesen schwierigen Zeiten, mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, müssten nun Investitionen in die Zukunft getätigt und die soziale Infrastruktur sichergestellt werden.

Er lobt den Ausbau der Kinderbetreuung, welcher den Eltern ermögliche, arbeiten zu gehen und Steuern zu zahlen.

Aufgrund der Montagsdemonstrationen sowie der Ängste und Sorgen der Bevölkerung in den Ortschaften, halte er es bei den gestiegenen Kosten für erforderlich, Vorsorge zu betreiben. Er bezeichnet die Proteste in den Ortschaften als beängstigend, auf die jedoch eingegangen werden sollte.

Der Bereich Soziales betreffe alle und bilde die Grundlage des Zusammenlebens.

Personal sei teilweise schon reduziert und Projekte beendet worden. Er unterstreicht die Bedeutung des Projekts "PräSenZ" und der Sprach-Kitas. Entscheidend sei, genügend Personal zu bekommen, indem die Bezahlung angehoben oder bspw. die Ausbildungs-kosten von Erzieherinnen und Erziehern übernommen würden.

Mit den Vereinen, als Stütze der Gesellschaft, müsse sorgsam umgegangen werden und falls Hallen anderweitig genutzt werden müssten, erfordere dies rechtzeitige Kommunikation.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) bezeichnet 2022 als herausforderndes Jahr. Neben dem 3. Jahr in der Corona-Pandemie herrsche seit dem 24. Februar auch noch ein Krieg ganz nah in der Ukraine.

Wöchentlich kämen um die 45 Flüchtlinge nach Ulm, überwiegend Frauen mit oder ohne Kinder. Die Unterbringung und Unterstützung der Geflüchteten, vor allem aus der Ukraine, nehme erneut einen wichtigen Platz in der Stadtgesellschaft ein.

Dafür bedanke sie sich im Namen der Fraktion bei Bürgermeisterin Mann und ihrem Team recht herzlich, die das integrative Unterbringungskonzept nun schon seit vielen Jahren umsetzten. Eine große Herausforderung stelle nun die Umsetzung in den Ortschaften dar.

Sie verstehe nicht, dass die CDU/UfA-Fraktion in der letzten Gemeinderatssitzung einen Antrag gestellt habe, die Zahl der Flüchtlinge in den Stadtteilstandorten zu begrenzen. Das Konzept, dass die Flüchtlinge gleichmäßig im gesamten Stadtgebiet innerorts eine Unterkunft finden sollten, werde von ihrer Fraktion rundum unterstützt.

Sie halte es gerade jetzt für wichtig, dass der Gemeinderat hier geschlossen weiterhin ein Signal setze und die Arbeit der Stadtverwaltung und der Zivilgesellschaft unterstütze, indem zum Ausdruck gebracht werde, dass die Geflüchteten willkommen seien. Es werde auch innerhalb der Vororte nach Flächen für Wohncontainer gesucht, damit Integration gelingen könne.

Daneben stellten die Energiekrise und die Inflation das gut aufgestellte System der Solidarität in Ulm auf die Probe. Die Konsolidierung des vergangenen Jahres, habe aber leider bei den freien Trägern Wunden hinterlassen.

Da es immer noch zu wenige KITA-Plätze gebe, hoffe sie nicht, dass der Bau der Tagesstätte in Wiblingen erneut verschoben werde.

Ihre Fraktion habe die diesjährigen Haushaltsberatungen im Bereich Bildung und Soziales unter das Motto "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" gestellt. Dieser erlange in den aktuellen Zeiten einen neuen Stellenwert. Denn nur gemeinsam ließen sich die mit den komplexen Krisen einhergehenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen lösen.

Der letzte Armutsbericht mit dem Schwerpunkt Armut im Alter habe gezeigt, dass Handlungsempfehlungen nicht nur auf dem Papier stehen sollten, sondern auch schnell, mit den dafür erforderlichen Finanzmitteln umgesetzt werden müssten. Bei den Handlungsempfehlungen für alte Menschen gehe es um Aufklärung und Information, Digitalisierung, Umgang mit unerwarteten Kostenbelastungen sowie der Konzeptentwicklung zur Einführung eines kostenlosen Energiesparchecks für armutsgefährdete Seniorinnen und Senioren.

Vor vielen Jahren seien die Lobbycard bzw. die Bonuskarte für Kinder eingeführt worden. Sie könne nicht nachvollziehen, weshalb nur knapp über die Hälfte der Leistungsbeziehenden eine Lobbycard besitzen würden. Sie wolle die Mitarbeitenden der Sozialverwaltung nochmals motivieren, diese den Betroffenen unbürokratisch zukommen zu lassen.

Um Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern schlage ihre Fraktion vor, ein mögliches 49 € - Ticket den Lobbycard-Berechtigten für 25 € zur Verfügung zu stellen. Dazu gehöre aber auch, die Stadtteile und Quartiere weiter zu stärken, indem auch die niederschweligen Begegnungsangeboten weiter ausgebaut würden. Die Weststadt mit ihren Treffpunkten Weststadthaus, Café Canapé und Sie`ste sei ein hervorragendes Beispiel und sehr gut aufgestellt. Diese Mischung aus städtischen Beschäftigten, Vereinsarbeit und ehrenamtlichem Engagement sei beispielhaft. Die Ansätze in den anderen Stadtteilen hätten, gerade in der Zeit der Konsolidierung, immer wieder eingeschränkt werden müssen.

Besonders Wiblingen und Böfingen hätten einen hohen Anteil an armutsgefährdeten Personen. Dort fehlten kontinuierliche Angebote und längere Öffnungszeiten. Der in Böfingen gegründete Stadtteilverein könne eine gute Möglichkeit bieten, um ausreichende Begegnungsmöglichkeiten anzubieten. So bestehe die Möglichkeit, dass sich auch im Lettenwald oder im Stifterweg auf dem Eselsberg mehr entwickle.

Allerdings müssten diese Stadtteilvereine arbeitsfähiger gemacht werden. Orte der Begegnung benötigten eine kontinuierliche Unterstützung. Ihre Fraktion vertraue der Verwaltung, dass sie gemeinsam mit den jeweiligen Vereinen in den Stadtteilen Gutes entwickeln und an den Start bringen bzw. erweitern könne. Dafür beantrage sie für Maßnahmen in den Stadtteilen und Quartieren ein Budget von 250 000 Euro.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt werde durch die vielen Vereine geprägt. Diese dürften in der Krise nicht alleine gelassen werden. Sie seien auch die Grundlage dafür, dass Teilhabe gelinge und Integration ermöglicht werde.

Die hohen Personalkosten- und Preissteigerungen hätten die Leistungsfähigkeit der Partnerinnen und Partner und damit die Stadtgesellschaft in hohem Maße geschwächt.

Nicht wenige Organisationen, die mit städtischer Unterstützung, Kurzarbeitergeld und staatlichen Zuschüssen durch die Corona-Krise gekommen seien, hätten dieses Jahr erhebliche Einbrüche zu verzeichnen und würden sich im nächsten Jahr weiteren großen Herausforderungen gegenübergestellt sehen.

Sie beantrage eine 5%ige Indexsteigerung für das nächste Jahr, um den Status Quo vieler Organisationen zumindest annähernd zu sichern.

Bei der Mittagstischverpflegung in Kitas und Schulen. wolle sie die Freiburger Idee aufgreifen und über eine Menülinie nachzudenken, um so die Kosten für ein Mittagessen pro Kind bezahlbar zu halten, sowie die Einrichtungen organisatorisch zu entlasten. Dieses Thema könne am Donnerstag im Schulbeirat behandelt werden.

Oberbürgermeister Czisch bittet darum, das bereits Geleistete nicht zu vergessen.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) hält die Erhöhung des Fachbereichsbudgets Bildung und Soziales für gerechtfertigt, besonders für die gestiegenen Ausgaben der Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe sowie die Aufwendungen für Geflüchtete. Aktuell führten die Pläne der Unterbringung von Geflüchteten in den Ortschaften zu viel Unruhe, es stehe jedoch außer Frage, dass die Bereitstellung von Unterkünften gleichmäßig über Ulm verteilt und jeder Stadtteil und jede Ortschaft einen angemessenen Anteil leisten müssten.

Ebenso befürworte ihre Fraktion den Ausbau der Kinderbetreuung, obwohl der Zuschussbedarf in diesem Bereich so schnell wie in keinem anderen Bereich wachse. Gute Bildung beginne in der Kita und biete Chancen für gelingende Lebenswege aller Kinder.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordere daneben eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung incl. Mittagsverpflegung und allen dazu erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen.

Mit Freude werde zur Kenntnis genommen, dass die Digitalisierung an Schulen die Stadt aufgrund der Landesförderung 2023 nichts kosten werde.

Sie fragt, wie viele Stellen in der Schuldnerberatung verblieben, wenn 1,5 Stellen gestrichen würden und ob das Personal für die Sprach-Kitas noch zur Verfügung stehe.

Stadtrat Nolle (FWG) und sie vermissten Mittel gegen die Altersarmut, um bspw. Menschen dazu zu bringen, die ihnen zustehenden Leistungen zu beantragen. Diese Personengruppe treffe die hohe Inflationsrate und die stark steigenden Energiepreise besonders und sie müssten vor Stromabschaltungen und Wohnungsverlust bewahrt werden.

Für diese Menschen werde beantragt, nach der Handlungsempfehlung 8 des Armutsberichts, einen Energiesparcheck einzuführen. Dafür biete sich eine Kooperation mit der Caritas Ulm/Alb-Donau oder einem anderen freien Träger an.

Eine Indexierung sollte nach der Meinung der FWG-Fraktion sehr moderat vorgenommen werden.

Die Inhalte der Flut von Anträgen halte sie zwar teilweise für berechtigt, nach der gemeinsam beschlossenen Konsolidierung befürworte sie jedoch, nicht alles 2023 anzugehen, sondern auch Maßnahmen auf später zu verschieben.

Definitiven Handlungsbedarf sehe sie bei den Maßnahmen gegen die Altersarmut.

Stadträtin Dr. Graf (CDU(UfA)) sieht die großen Herausforderungen des Fachbereichs Bildung und Soziales darin, die Menschen zu unterstützen in ihrem Leben zurecht zu kommen und unter den aktuellen Rahmenbedingungen die Gesellschaft zu stärken, um die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Dabei sollte auch die Konsolidierung neu überdacht werden. Sie bestätigt, dass mit Schulden die kommenden Generationen belastet würden.

Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2023 seien noch nie so ungewiss gewesen wie in dieser Zeit. Sie spricht von einem vorläufigen Haushaltsplan, der vermutlich an vielen Stellen nachgesteuert und korrigiert werden müsse.

Ihre Fraktion lobt die Kita-Ausbauoffensive, die Schulbaumaßnahmen, die Digitalisierung und die Unterstützung des Sports, der Ulmer Volkshochschule, der Familien-Bildungsstätte Ulm e.V., der Sport- und der Musikvereine sowie die Aufrechterhaltung des Betriebs der Schwimmbäder. Neben den krisenhaften Herausforderungen müsse sich der Fachbereich Bildung und Soziales auch den Basisherausforderungen stellen. Im Moment benötigten vor allem Menschen mit geringem Budget Unterstützung und die Altersarmut dürfe nicht toleriert werden.

Von den Handlungsempfehlungen des Armutsberichts sollten zumindest Teile, wie der Energiesparcheck, die Handlungsempfehlungen 3 und 4 sowie die Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung umgesetzt werden.

Sie betont die Bedeutung der Sprachkitas, auch vor dem Hintergrund der geflüchteten Personen, für die auch die Menschen in Göggingen/Donaustetten ihren Beitrag leisten wollten. Mit den Menschen müsse deutlich kommuniziert werden und Geld für hauptamtliches Personal sei mehr als gut angelegt.

Ihr Dank gelte den Mitarbeitenden der Verwaltung, die diese Beratungen ermöglicht hätten.

Stadtrat Wischmann (FDP) legt dar, dass am Freitag, 25. November Stand 9:00 Uhr in der GD 970/22, Gemeinderatsanträge zum Haushalt 2023, für den Fachbereich Bildung und Soziales keine haushaltsrelevanten Anträge vorgelegen hätten. Nun wundere er sich über eine Flut von Anträgen bis zum heutigen Tag.

Er verweist auf die gut begründete Haushaltskonsolidierung 2021 und die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen dem sich aufblähenden Haushalt und dem möglichen Ansteigen der Finanzmittel. Der Haushaltsplanentwurf sehe jetzt bereits einen Fehlbetrag von 7 Millionen Euro vor.

Der langfristige Klimawandel und der demografische Wandel stellten große Probleme dar, da künftig immer weniger Menschen arbeiteten würden und immer mehr Menschen Bedarfe hätten.

Die GRÜNE- und die SPD-Fraktion wollten dies mit Schulden beheben, die die nächsten Generationen zurückzahlen müssten. Seiner Meinung nach sollte im Haushalt geschaut werden, welche Dinge aus dem Ruder gelaufen seien und welche Prioritäten anders gesetzt werden müssten. Obwohl vieles wünschenswert sei, müsse auch entschieden werden, was dafür nicht mehr dringend benötigt werde, da die Ressourcen begrenzt seien.

Oberbürgermeister Czisch spricht von einer bereits 3-jährigen Multikrise, die die Verwaltung und die Stadträtinnen und Stadträte gut gemeistert hätten. Aufgrund der Gasmangellage sei den Vereinen angeboten worden, Anträge auf Energiekostenzuschüsse zu stellen.

Bei der Flüchtlingsunterbringung werde versucht, dies möglichst ohne Sporthallenbelegungen zu organisieren. Für diese guten Ergebnisse danke er allen Beteiligten aus der Verwaltung und den kooperierenden Organisationen.

Er verweist auf die Sitzungen des Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales, in denen das Erforderliche beraten werde. Nun wundere er sich, dass bei den Haushaltsplanberatungen weitere Maßnahmen, ohne konkrete Prüfungen, beantragt würden. In der Regel könne der Fachbereichsausschuss nur über Mittel aus dem eigenen Budget entscheiden und erhalte lediglich in Ausnahmen Gelder aus den Allgemeinen Finanzmitteln.

Stadtrat Eichhorn (FWG) sieht den Grund für die gute Finanzlage in der vernünftigen Finanzpolitik der vergangenen 20 Jahre. Er bezeichnet die Kommunen als Orte der Wirklichkeit, welche eine klare Prioritätensetzung erforderten und ihre Ausgaben begrenzen müssten.

Stadträtin Mies (GRÜNE) betont, dass für Ihre Fraktion die Haushaltsplanberatungen unter dem Motto "Gesellschaftlicher Zusammenhalt" stünden. Dazu gehöre besonders, die Demokratie zu stärken, gerade vor dem Hintergrund der zahlreichen Geflüchteten.

Das Fanprojekt biete dafür eine kostengünstige Plattform. In Ulm werde das Projekt seit 2008 diskutiert. Nun gebe es nach den Angaben des SSV Ulm 1846 Fußball e.V. ca. 50 zusätzliche 14- bis 15-jährige Fans, die Ansprechpersonen für die richtige Orientierung benötigten. Nach dem gegenwärtigen Stand werde der Verein aufsteigen und noch mehr

Präsenz in der Presse gewinnen. Es sei unendlich wichtig, dieses Fanprojekt nun zu starten, nachdem auch die Kosten überschaubar seien.

Stadtrat Dr. Süslü (GRÜNE) versichert, dass im Fachbereich Bildung und Soziales laufend nachkorrigiert werde. Entscheidend sei, auch die vulnerablen Gruppen und die Ränder der Gesellschaft im Blick zu behalten.

Die Bezahlung der städtischen Mitarbeitenden müsse, gerade auch im Sozialbereich entsprechend sein, sonst könnten die Stellen nicht besetzt und die Arbeit erledigt werden. Dem Sozialdienst für Ältere würden immer mehr Aufgaben aufgebürdet.

Durch eine Reduzierung der sozialen Infrastruktur drohe ein Wegbrechen der Demokratie.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) verweist auf den Jahresabschluss 2021 der widererwartend statt des befürchteten Defizits von 14,4 Millionen, ein Plus von 36,2 Millionen Euro ergeben habe. Dieser Fall sei nun bereits das dritte Mal eingetreten. Deshalb glaube sie, dass auch in dieser Krise, in das wirklich Wichtige investiert werden sollte.

Es gebe in dieser Stadt ein Thema, an dem gearbeitet und für das auch Geld eingesetzt werden müsste.

Oberbürgermeister Czisch bestätigt die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aber nicht jeder Antrag betreffe diesen. Die Stadt sei finanziell so solide aufgestellt, weil in der Vergangenheit alles auf den Prüfstand gestellt worden sei.

Stadträtin Kühne (SPD) erinnert an die Haushaltsplanberatungen als das Königsrecht des Gemeinderats, welches beibehalten werden sollte. Ein Fachbereichsbudget im Ergebnishaushalt in Höhe von 182 Mio. Euro verdiene, dass darüber ein Vormittag diskutiert werde, da es den gesamten Gemeinderat betreffe und den Zusammenhalt fördere. Hierbei handle es sich um keine Attacke des Gemeinderats.

Bürgermeisterin Mann freut sich über die Wahrnehmung der Stadträtinnen und Stadträte sowie deren Prioritäten. Selbstverständlich werden im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales das gesamte Jahr über finanzrelevante Themen, immer unter dem Fokus der Haushaltsparsamkeit, gesprochen.

Alle gestellten Anträge könne sie gut nachvollziehen, allerdings müssten nun Schwerpunkte gesetzt werden. Zahlreiche Anträge resultierten aus den unsicheren Zeiten und den Veränderungen seit den Konsolidierungsentscheidungen. An vielen Stellen müsse sicherlich im kommenden Jahr nachgesteuert werden.

Sie teilt zu den Sprachkitas mit, dass allen Fachkräften ein Weiterbeschäftigungsangebot, auch über das Auslaufen des Programms hinaus, gemacht worden sei. So habe es glücklicherweise keine großen Abwanderungswellen gegeben.

Ob mehr Personal akquiriert werden könnte, wenn besser bezahlt würde, könne gerne wieder einmal diskutiert werden, aber die Stadt Stuttgart habe diese Entscheidung revidiert.

Ihre persönliche Meinung zu diesem Thema habe sich auch noch nicht geändert, könne aber gerne erneut überprüft werden.

Sie sei dankbar für die Bereitschaft, bei Themen zu Geflüchteten, bedarfsgerecht auf die Mitglieder des Ausschusses zukommen zu dürfen. Die Arbeit des Fachbereichs sei zwischenzeitlich sehr stark von Krisenthemen und einem gleichzeitig sehr hohen Arbeitsaufkommen geprägt. Dies zeige sich innerhalb der Teams genauso wie in der Gesellschaft. Ab und zu müsse sich bewusst gemacht werden, dass sich dies auf das Nervenkostüm auswirke.

Sie freue sich über das Lob für die Kolleginnen und Kollegen und sie schließe sich diesem ausdrücklich an, da in den vergangenen 3 Jahren Extremes geleistet worden sei.

Gemeinderatsanträge zum Haushalt 2023 (GD 970/22)

Errichtung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung

Bürgermeisterin Mann bestätigt, dass es betroffene Menschen gebe, um die sich ein ehrenamtliches Hilfesystem kümmere. Die Stadt erkläre sich bereit zu sondieren und vermutlich im zweiten Quartal des kommenden Jahres, einen Vorschlag zu unterbreiten. Grundsätzlich müsse gefragt werden, ob die Kommunen einspringen müssten, wenn die Sozialversicherungssysteme in diesem Bereich Lücken aufzeigten.

Oberbürgermeister Czisch sieht die Verantwortung der Stadt darin, andere in die Pflicht zu nehmen und gegebenenfalls einzuspringen.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) bittet darum, Medinetz Ulm e. V. in diese Gespräche miteinzubeziehen und gibt bekannt, dass die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg bereits einen Vorschlag erarbeitet habe und anrege, gemeinsam mit der Stadt Neu-Ulm und dem Alb-Donau-Kreis zu agieren.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) ist mit dem Vorschlag von Bürgermeisterin Mann einverstanden.

Oberbürgermeister Czisch begrüßt ebenfalls eine regionale Aufstellung.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) hält es für erforderlich, Menschen über ihre Rechte aufzuklären und in bestimmte Netzwerke zu vermitteln. Dies sollte nicht nur von Ehrenamtlichen geleistet werden.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) hat große Hochachtung vor den jungen Leuten, die sich in diesem Bereich engagierten. Ihrer Meinung nach müssten vor allem die Akteure des Gesundheitssystems und der Gesundheitskonferenz miteinbezogen werden, um dauerhafte Lösungen zu erarbeiten, die dann dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales vorgestellt werden sollten.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) regt an, sich über die Erfahrungen anderer Städte zu informieren.

Antrag Nr. 210 der SPD-Fraktion
- Beibehaltung des 100%-Stellenanteils Schuldnerberatung

Antrag Nr. 219 der SPD-Fraktion
- Aufstockung der Clearingstelle Wohnungslosenhilfe

Bürgermeisterin Mann regt an, die Schuldnerberatung und die Wohnraumsicherung gemeinsam als einen Dienst zu betrachten. Die Schuldnerberatung sei im Moment gut ausgelastet, gegenwärtig müsse jedoch noch nicht nachgesteuert werden. Die Transferleistungsbeziehenden betreffen die Energiekostensteigerung selbst nicht.

Sie schlage vor, die Fallzahlenentwicklung zu beobachten und gegebenenfalls im Laufe des kommenden Jahres eine Projektstelle einzurichten.

Stadtrat Dr. Süslü (GRÜNE) geht davon aus, dass ein Teil der Arbeit vom Sozialdienst für Ältere aufgefangen werde. Er bittet darum, zeitnah zu berichten.

Bürgermeisterin Mann verdeutlicht, dass der Sozialdienst für Ältere nicht primär dafür zuständig sei, bei Bedarf jedoch Kolleginnen oder Kollegen hinzuziehen würde.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) bittet darum, dies sorgfältig zu beobachten, da zunehmend auch die Mittelschicht betroffen sei und rechtzeitig reagiert werden müsse.

Erster Bürgermeister Bendel verweist darauf, dass es sich hierbei um eine Konsolidierungsmaßnahme handle. Er warnt davor, alles erneut zu diskutieren und die Entscheidungen zurückzunehmen. Wenn sich die Dinge anders entwickelten, werde dies genau beobachtet und rechtzeitig dem Ausschuss vorgestellt werden.

Damit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Antrag Nr. 218 der SPD-Fraktion
- Projekt PräSenz - Präventive Hausbesuche bei Senioren

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) sieht das Projekt PräSenz als Werkzeug gegen die Altersarmut, da auf diesem Wege Informationen zu den Menschen gebracht werden könnten und sie bittet darum, dies bei den weiteren Diskussionen mitzudenken.

Oberbürgermeister Czisch regt an, eine Summe Geldes zur Bekämpfung der Altersarmut zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Eichhorn (FWG) möchte wissen, wie viele Stellen das Projekt PräSenz gegenwärtig umfasse.

Dazu legt Bürgermeisterin Mann dar, dass dafür bis 2020 eineinhalb Stellen im Stellenplan enthalten gewesen seien und eine Stelle davon umgeschichtet und die halbe Stelle dem Sozialen Dienst für Ältere zugeschlagen worden sei. Dort gebe es momentan 4 Vollzeitstellen, von denen die 1000 Hausbesuche im Jahr mitgemacht werden sollten.

Wenn tatsächlich in Richtung Altersarmut etwas bewegt werden solle, müsse breiter angesetzt werden.

Oberbürgermeister Czisch spricht die "verschämte" Armut an, wenn es den Menschen unangenehm sei, die ihnen zustehenden Leistungen in Anspruch zu nehmen. Die Frage für ihn sei, ob Präsenz das passende Instrumentarium sei oder andere Maßnahmen eingesetzt werden sollten.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) schlägt vor, über diesen Antrag gemeinsam mit dem Antrag NIQ - Informationen für Armutsgefährdete Senior*innen abzustimmen.

Dem schließt sich Stadträtin Glathe-Braun (SPD) an.

Oberbürgermeister Czisch hält es für erforderlich, entweder über ein mögliches Paket von mehreren Anträgen oder über die Einzelanträge abzustimmen.

Antrag Nr. 216 der CDU/UfA-, der FWG- und der SPD-Fraktion - NIQ - Informationen für armutsgefährdete Senior*innen

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) könnte sich ein Paket vorstellen, welches das Projekt Präsenz, NIQ - Informationen für armutsgefährdete Senior*innen und Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Armutsbericht beinhalte. Nach der Entscheidung für eine bestimmte Summe könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt die Prioritäten festgelegt werden.

Oberbürgermeister Czisch möchte wissen, um welche Summe es sich handeln solle. Er sehe ebenfalls, dass gegen Altersarmut vorgegangen werden müsse. Wenn ein gewisses Budget beschlossen würde, müssten die Zweckmäßigungsabwägungen im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales getroffen werden.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) regt an, 100.000 € zur Abarbeitung der Handlungsempfehlungen gegen Altersarmut zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) spricht von sehr umfassenden Handlungsempfehlungen und bittet darum, diese mit Prioritäten zu verknüpfen.

Bürgermeisterin Mann schlägt vor, sich für gewisse Maßnahmen zu entscheiden und für deren Umsetzung eine bestimmte Summe festzulegen. Das weitere Vorgehen könne dann in einer der nächsten Fachbereichsausschusssitzungen besprochen werden.

Stadtrat Wischmann (FDP) fragt, ob in solch einer Summe Stellenneuschaffungen enthalten seien sollten, womit sich der Stellenplan ändern würde.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) lässt wissen, dass sie vom Prinzip her diesem Vorgehen zustimmen könne, aber sie wolle nicht erst im Sommer oder Herbst über diese Maßnahmen beraten. Einen Energiesparcheck hätte sie sich bereits in diesem Herbst gewünscht.

Oberbürgermeister Czisch informiert, dass es eine Reihe Organisationen gebe, die Energiesparchecks anbieten würden. So sei beispielsweise die Stadt an der Energieagentur beteiligt. Er halte es für erforderlich, den zusätzlichen Bedarf genau zu untersuchen.

Die in den Wohnungen der Wohnbaugesellschaften lebenden Menschen reduzierten den Bedarf an Sachfragen, die nicht zwingend mit einer halben Stelle abgearbeitet werden könnten.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) legt dar, dass die Caritas Ulm-Alb-Donau schon vor Jahren einen Energiesparcheck angeboten habe und diesen Service wiederaufnehmen könnte, wenn sie eine entsprechende Unterstützung erhalten würde.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) unterstreicht, dass es nicht nur um den technischen Gesichtspunkt gehe, sondern auch Beratung angeboten werden sollte. Diese werde es vermutlich bei der Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH nicht geben.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) geht durch die Begründungen der Anträge davon aus, dass die Verwaltung wisse, um was es gehe und sie habe das Vertrauen, dass die Maßnahmen entsprechend umgesetzt würden.

Oberbürgermeister Czisch hält fest, dass die Anträge Projekt PräSenz - Präventive Hausbesuche bei Senioren, NIQ - Informationen für armutsgefährdete Senior*innen, Armutsbericht "Armut im Alter" und Energiesparcheck für armutsgefährdete Senior*innen zusammengefasst werden sollten.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) stellt den Antrag, für die Erfüllung dieser Aufgaben dem Fachbereich Bildung und Soziales einen Betrag von 100.000 € aus den Allgemeinen Finanzmitteln zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Dr. Süslü (GRÜNE) ergänzt, dass es nach Bedarf um mindestens 100.000 € gehe und Stellenanteile nicht ausgeschlossen werden könnten.

Der Antrag von Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) wird mit Stimmenmehrheit (bei 9 Ja, 3 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung)

angenommen.

Stadtrat Eichhorn (FWG) gibt bekannt, dass er es als unfair empfinde, mehrere Anträge zusammen zu fassen und im Block abzustimmen. Deshalb habe er dagegen gestimmt, obwohl er sonst bei einigen Anträgen auch mit Ja gestimmt hätte.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) bittet um eine Priorisierungsliste der Maßnahmen im Frühjahr.

Oberbürgermeister Czisch hat Zweifel, ob von allen angesprochenen Maßnahmen nicht bereits einige Dinge schon begonnen worden seien. Der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales müsse sich nun mit der notwendigen Umsetzung beschäftigen.

Antrag Nr. 214 der GRÜNE-Fraktion - Begegnungsstätten in Stadtteilen und Quartieren

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) verweist auf ihre Einleitung und bittet die Verwaltung, die Ideen zu bündeln und die erfolgten Reduzierungen wieder zurückzunehmen.

Oberbürgermeister Czisch verweist darauf, dass Verpflichtungsermächtigungen nur im Finanzhaushalt möglich seien.

Stadtrat Wischmann (FDP) möchte wissen, ob die angesprochenen 250.000 Euro eine einmalige Summe darstellen sollten oder künftig jedes Jahr zur Verfügung gestellt werden müssten.

Das Café Canapé sei eine tolle Sache, aber wie von ihm vorhergesagt, koste es jährlich viel Geld. Er spreche sich dagegen aus, Gelder zur Verfügung zu stellen, ohne dass klar sei, was genau damit gemacht werden solle.

Stadtrat Kopp (FWG) lehnt es ebenfalls ab, eine solche Summe nach dem Gießkannenprinzip auszuschütten.

Erster Bürgermeister Bendel unterstreicht, dass es heute um die Haushaltsplanberatungen und nicht um "Wünsch-dir-was" gehe. Entscheidend sei, Steuergelder für öffentliche Aufgaben einzusetzen. Bei den Begegnungsstätten sei unklar, wo der konkrete Bedarf liege.

Er gehe von einer geplanten dauerhaften Budgeterhöhung aus, dafür sehe er zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine zusätzlichen öffentlichen Bedarfe in den Stadtteilen. Wenn während des Jahres ein zusätzlicher Bedarf klar ersichtlich sei, gebe es Mittel, Instrumente und eingeübte Verfahren, in Form von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, um nachsteuern zu können.

Der Haushaltsplanentwurf sei fein auf die öffentlichen Bedarfe austariert und es gelte immer noch der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) sichert zu, dass der Bedarf vorhanden sei, da ihre Fraktion diesen Antrag sonst nicht gestellt hätte.

Oberbürgermeister Czisch wiederholt den Antrag der GRÜNEN-Fraktion, zusätzlich 250.000 Euro aus Allgemeinen Finanzmitteln den Begegnungsstätten zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit (bei 4 Ja- und 7 Nein-Stimmen sowie 2 Stimmenthaltungen)

abgelehnt.

Antrag Nr. 211 der GRÜNE-Fraktion - SSV Fanprojekt Fußball

Stadträtin Mies (GRÜNE) unterstreicht, es gehe um Prävention für Jugendliche, die beim SSV Ulm 1846 Fußball e. V. aktiv seien und nicht darum, alte Männer in rechten Strukturen einzufangen, die häufig nicht aus Ulm kommen würden.

Bürgermeisterin Mann erinnert daran, dass beschlossen worden sei, dieses Projekt nochmals genauer anzuschauen, wenn der SSV Ulm 1846 Fußball e. V. in die nächste Liga aufsteige. Obwohl die Mannschaft gegenwärtig gut dastehe und es ja auch bereits den Antrag der FWG-Fraktion dazu gebe, hätten es ihre Mitarbeitenden zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geschafft, sich mit diesem Projekt zu befassen, da die betreffenden Abteilungen in den letzten Monaten mit anderen Prioritäten beschäftigt gewesen seien.

Grundsätzlich müsse nochmals angeschaut werden, wie sich die Fan-Szene zusammensetze und welche Rolle der Verein spiele.

Sie betont, dass zwei Vollzeitstellen für derzeit 50 Jugendliche zur Verfügung gestellt werden sollten und verweist auf 6,5 Vollzeitkräfte in der mobilen Jugendarbeit für das gesamte Stadtgebiet.

Stadtrat Eichhorn (FWG) legt dar, dass er sich mit dem Fan-Projekt intensiv beschäftigt habe und grundsätzlich dafür sei. Allerdings sehe er ein großes Fragezeichen darin, warum eine Aufgabe der Jugendhilfe, ohne konkrete Angaben zur Umsetzung, beschlossen werden solle. Seine Fraktion halte es für erforderlich, dies zunächst im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales intensiv zu behandeln.

Oberbürgermeister Czisch verweist auf die früheren Diskussionen über das Fan-Projekt und sieht die Möglichkeit, dass die Mannschaft im März als Aufsteiger feststehen werde. Die Stadt wolle sich dann um die baulichen Voraussetzungen, wie eine Rasenheizung und eine Reihe anderer Maßnahmen, kümmern. Die Stadt als Trägerin des Donaustadions werde zu gegebenem Anlass eine Gemeinderatsdrucksache vorlegen, welche Lizenzbedingungen erfüllt und welches Sicherheitskonzept vorgelegt werden müsse. In diesem Zusammenhang müsse auch mit dem SSV Ulm 1846 Fußball e. V. geklärt werden, wie sich der Verein selbst einbringen werde.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) erinnert an die Sitzung des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales mit Vertretungen des SSV Ulm 1846 Fußball e. V. im Jahr 2008, bei der der Vorstand des Vereins um Unterstützung gebeten habe. Sie schlägt vor, 40.000 Euro in den Haushalt einzustellen und im kommenden Jahr über die Umsetzung mit einer Vertretung des Deutschen Fußball-Bunds (DFB) zu reden.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) erkundigt sich nach der Dauer des Projekts.

Oberbürgermeister Czisch antwortet, für dieses Projekt gebe es keine Begrenzung.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) spricht von einer vernünftigen Sache in präventiver Hinsicht und sieht aber auf der anderen Seite auch die begrenzten finanziellen Mittel.

Sie habe das Vertrauen, dass wenn das Projekt nun nicht beschlossen würde, die Verwaltung zu gegebener Zeit, nach der Klärung der Einzelheiten, die erforderlichen Schritte unternehmen werde. Das Ziel des Projekts unterstütze sie deutlich.

Oberbürgermeister Czisch lässt wissen, dass er ein Problem mit den vom DFB vorgeschriebenen zwei dauerhaften Stellen habe.

Stadträtin Mies (GRÜNE) verweist darauf, dass es um eine weibliche und eine männliche Fachkraft gehe, da zahlreiche Fans weiblich seien.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) sieht es ebenfalls als problematisch an, bei so wenigen Schulsozialarbeitenden, zwei Stellen für den Fußball vorzusehen.

Stadträtin Mies (GRÜNE) stellt klar, dass das Projekt nicht beim Verein, sondern bei einem Träger angesiedelt sein werde, der dann über die Woche zahlreiche Aktionen anbieten werde.

Der Antrag der GRÜNEN-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit (bei 6 Ja- und 5 Nein-Stimmen sowie 2 Stimmenthaltungen)

angenommen.

Antrag Nr. 212 der GRÜNE-Fraktion

- Prüfantrag/Konsolidierungsvorschlag: 1 Menülinie in der Kita- und Schulverpflegung

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) bittet darum, dass die Abteilung Bildung und Soziales eine Menülinie in den Kitas und Schulen prüfe.

Bürgermeisterin Mann sichert zu, dass der Prüfantrag ausgeführt werde. Dafür müsse dezidierter in das Thema eingestiegen werden.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) spricht die **Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern** an. Seiner Meinung nach sollten die Ausbildungskosten erstattet und zusätzliche Stellen geschaffen werden. Er bittet darum, sich im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales damit zu befassen.

Bürgermeisterin Mann stellt klar, dass nicht mehr Ausbildungsstellen geschaffen würden. Über das Thema "Schulkosten" könne geredet werden.

Die Leiterin der Abteilung Zentrale Steuerung und Dienste/Personal und Organisation, Frau Baumgartl, berichtet über die zwei verschiedenen Arten der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung. Für die kostenpflichtige Ausbildung liefen derzeit die Tarifverhandlungen.

Oberbürgermeister Czisch gibt zu bedenken, dass es sinnvoll sein könne, wenn die Stadt Ulm hierbei einen Sonderweg gehe.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) spricht die Mittel für **"Jugend stärken"** an.

Bürgermeisterin Mann bringt vor, dass das Projekt "Jugend stärken" im Quartier auslaufe. Im letzten Fachbereichsausschuss sei ein anderes Projekt vorgestellt worden.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) fragt nach dem **Projekt "Demenz im Quartier"**.

Herr Krämer, der Leiter der Abteilung Soziales, legt dar, dass das Projekt terminiert gewesen sei.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) bittet darum, das Thema "Demenz im Quartier" im nächsten Jahr in die Sozialplanung mit aufzunehmen und im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales zu behandeln.

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass die Verwaltung große Kraftanstrengungen unternommen habe, die **Schulen mit Geräten auszustatten**. Nun gehe es darum, den laufenden Betrieb sicherzustellen. Die Kommunen müssten aufpassen, dass sie nicht für die kompletten Betriebskosten aufkommen müssten.

2. Teilfinanzhaushalt

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass ein Drittel aller Investitionsprojekte den Bereich Bildung und Soziales betreffen würden. Die Friedrich-List-Schule stelle ein Riesenprojekt dar.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) spricht die Familien-Bildungsstätte Ulm e.V. an. Es gebe bereits Planungen und Geld sei eingestellt worden. Sie bittet die Verwaltung, sobald als möglich das Projekt umzusetzen und sie hoffe auf einen Projektstart 2025.

Erster Bürgermeister Bendel macht deutlich, dass die Maßnahme bei der Mittelfristigen Finanzplanung mit über 5 Mio. Euro eingeplant sei. Der Realisierungsbeginn liege im Jahr

2026, aber es werde geprüft, ob schon 2025 mit dem Bau begonnen werden könne.

Oberbürgermeister Czisch stellt fest, dass 30 Mio. Euro ein Statement seien, in Zeiten, in denen die Konjunktur im Rohbau ins Stottern gerate.

3. Zuschussverzeichnis

Antrag Nr. 213 der GRÜNE- Fraktion - Indexierung

Erster Bürgermeister Bendel legt dar, welche Anstrengungen die Stadt bisher schon für die Vereine unternahme. 2022 sei ein Sonderprogramm für die Vereine und die gemeinnützigen Organisationen aufgelegt worden, womit speziell die stark gestiegenen Energiekosten abgedeckt werden sollten. An über 60 Vereine und Institutionen seien 120.000 Euro ausbezahlt worden. Faktisch hätten die Vereine damit die gestiegenen Energiekosten ausgeglichen bekommen.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) erläutert den Antrag seiner Fraktion. Beantragt werde die Indexierung lediglich für die Bereiche Bildung und Soziales, womit es sich um ca. 500.000 Euro handeln würde.

Erster Bürgermeister Bendel geht davon aus, dass die Indexierung der gesamten Zuschussliste, bei einem Index von 5 %, 215.000 Euro betragen würde.

Stadträtin Dr. Graf (CDU/UfA) ist der Ansicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine Indexierung nötiger denn je sei. Sie erinnert an die Bitte ihrer Fraktion, dass, wenn Vereine aufgrund der galoppierenden Personal- oder Energiekosten usw. ihre Leistungen nicht mehr aufrechterhalten könnten, diese auf Antrag unterstützt werden sollten. Sie fragt, ob eine Unterstützung auf Antrag möglich sei.

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass die Stadt in den letzten Jahren immer die Zuschüsse bezahlt habe, egal, ob die Leistungen erbracht werden konnten oder nicht. Der These, dass alle Mehrkosten übernommen werden müssten, widerspreche er. Die Energiekosten seien genau untersucht worden und gegebenenfalls werde unterjährig reagiert, wenn sich ein Bedarf zeige. Er befürworte, genau dort zu helfen, wo sich die Mehrkosten zeigten. Die Indexierung habe mit Bürokratieabbau nichts zu tun.

Erster Bürgermeister Bendel stellt klar, dass sich die 215.000 Euro auf 2021 beziehen würden. 2021 habe es sich nicht um eine pauschale Indexierung gehandelt, sondern die Indexierung sei eingeschränkt gewährt worden, indem die Zuschussempfänger genau angeschaut worden seien. Wenn die Indexierung wie 2019 umgesetzt würde, müsse mit 500.000 Euro gerechnet werden.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) hält eine 5 %-Indexierung für gerechtfertigt. So sei z.B. der Träger der Schulsozialarbeit in Wiblingen existentiell gefährdet.

Stadträtin Schwellung (GRÜNE) bemerkt, sie sei kein Fan der Gießkanne, aber die Verwaltung nicht überlastet werden dürfe. Die Krise treffe alle. Weil es ein Krisenjahr sei,

sollte die Indexierung durchgeführt und keine Differenzierung vorgenommen werden.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) teilt die Auffassung von Stadträtin Schwelling (GRÜNE).

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) hält die Indexierung für zu undifferenziert. Ihrer Meinung nach werde ein Instrument benötigt, um den Einrichtungen zu helfen, die in Schieflage geraten seien.

Oberbürgermeister Czisch stellt die Frage, ob 5 % angemessen seien.

Stadtrat Eichhorn (FWG) macht deutlich, dass die FWG-Fraktion dies nicht unterstütze, da die Kommunen bereits an ihren Grenzen seien.

Stadtrat Wischmann (FDP) teilt die Auffassung von Stadtrat Eichhorn (FWG). Es dürfe nicht suggeriert werden, dass die Mehrkosten andere bezahlten und die nächsten Generationen damit belasten. Den Gürtel enger zu schnallen, halte er für nicht schlimm. Bei einer Bedrohung der Existenz würden Lösungen gefunden.

Oberbürgermeister Czisch warnt vor einer Vollkasko-Mentalität, weil es sonst keine Eigeninitiative mehr gebe.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) schlägt in diesem Fall eine Indexierung um 3 % vor.

Oberbürgermeister Czisch verweist darauf, dass damit keine speziellen Programme mehr gemacht werden könnten.

Stadträtin Dr. Kochs (FWG) befürwortet, einen Bezug auf die Lohnkosten einer Gießkanne vorzuziehen.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) fragt, wie viel Bürokratieaufwand, die Prüfung von Einzelfällen darstellen würde.

Erster Bürgermeister Bendel bemerkt, dass es sich um ca. 60 Fälle handle.

Oberbürgermeister Czisch geht davon aus, dass ca. die Hälfte arbeitsrelevant seien. Er habe mit der unspezifischen Gießkanne ein Problem.

Stadträtin Räkel-Rehner (GRÜNE) hält eine 2,5 bis 3 % Indexierung für erforderlich, es müsse etwas passieren.

Oberbürgermeister Czisch stellt daraufhin die verschiedenen Vorschläge zur Abstimmung.

Der Antrag für eine Indexierung in Höhe von 5 % - ohne spezifische Regelungen - wird mit Stimmenmehrheit (bei 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Der Antrag für eine Indexierung in Höhe von 2,5 % - ohne spezifische Regelungen - wird mit Stimmenmehrheit (bei 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen)

abgelehnt.

Der Vorschlag keine Indexierung vorzunehmen, aber spezifische Regelungen zu beachten, wird

angenommen.

Oberbürgermeister Czisch stellt klar, dass im kommenden Jahr immer dann reagiert werden müsse, wenn es notwendig sei. Die betroffenen Vereine und Institutionen müssten eigene Beiträge erbringen.

Danach hält er fest, dass der Teilergebnishaushalt entsprechend den beschlossenen Änderungen und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen werden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, BS, KITA, SO, GPR, EG, EI, ER, GÖ/DO, JU, LE, MÄ, UW, ZSD/P, ZSD/HF, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Kultur
des Gemeinderats

vom 29. November 2022

öffentlich

§ 387

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2023
für den Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2022 (§ 391) aufgeführt.

I. Teilergebnishaushalt

Erster Bürgermeister Bendel erläutert den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2023 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2026 den Fachbereich Kultur betreffend (GD 901/22).

Stadträtin Dr. Engels (SPD) begrüßt den Ulmer Umgang mit den Tarifabschlüssen für Eingangsgagen am Theater, welcher mittlerweile als Ulmer Model bundesweit als Vorlage genommen werde. Bauliche Investitionen wie die Sanierung des Museums Ulm oder der Technikneubau samt integriertem Kinder- und Jugendtheater am Ulmer Theater seien ein Zeichen des Gemeinderats für die Zufriedenheit und die gute Zusammenarbeit mit der Ulmer Kultur. Dem im nächsten Fachbereichsausschuss Kultur zur Debatte stehenden Paradekonzert werde ihre Fraktion zwar zustimmen, jedoch werde man die ausgewiesene Zuschusshöhe von 49.000 € kritisch hinterfragen.

Stadträtin Malischewski (FWG) erkennt den ausgeglichenen Haushalt des Fachbereichs

Kultur an und dankt allen Beschäftigten im Kulturbereich. Die Tarifabschlüsse für Eingangsgagen am Theater seien nun geregelt und trotz des hohen Finanzbetrags stehe ihre Fraktion dazu. Erfreulich sei, dass in Zeiten der Rezession auch die freien Kulturträger finanziell unterstützt werden. Bezüglich der hohen Zuschüsse beim Kinder- und Jugendtheater und beim Museum werde sie sich künftig zurückhalten.

Stadtrat Schmauder (CDU/UfA) führt aus, die Stadt Ulm investiere viel in die Kultur und seine Fraktion trage dies mit. Dazu gehören die angepassten Theatergagen, die Sanierung des Museums und die Ertüchtigung der Werkstätten des Kinder- und Jugendtheaters. Eine pauschale Indexierung von 5 % werde allerdings abgelehnt.

Stadtrat Milde (FDP) bringt bezüglich des Theaters Ulm vor, dieses sei stets mit einer Platzauslastung von 80 % im Haushaltsplan veranschlagt und stelle damit das entsprechende Budget. Diese Annahme sei nicht haltbar. So habe es im Jahr 2021 eine Auslastung von 52 % gegeben, 2022 eine Auslastung von 55 %. Werde also haushalterisch von einer Auslastung von 80 % ausgegangen, führe dies aufgrund von fehlenden Einnahmen aus den Eintrittsgeldern zu einem Fehlbetrag.

Stadträtin Schiele (GRÜNE) teilt mit, 2022 sei ein gelungenes kulturelles Jahr gewesen. Beim Stadtverband für Musik und Gesang seien 10.000 € konsolidiert worden. Diese Summe hätte eigentlich für Mietausgaben zu Probezwecken genutzt werden sollen, was aber angesichts der Einschränkungen während der Corona-Pandemie nicht möglich gewesen ist. Sobald der Regelbetrieb ohne Corona-Einschränkungen aufgenommen werde, müsse diese Konsolidierung rückgängig gemacht werden.

Bürgermeisterin Mann bedankt sich für die Unterstützung des Gemeinderats in der schwierigen Zeit der Pandemie und für die gute Zusammenarbeit des letzten Jahres.

Daraufhin wird der Teilergebnishaushalt Kultur - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Teilfinanzhaushalt

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Czisch, verweist auf den Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Kultur und stellt ohne Widerspruch fest, dass der Teilfinanzhaushalt Kultur dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch verweist auf das Zuschussverzeichnis sowie auf die Liste der weitergehenden Zuschussanträge.

Stadträtin Reuther (GRÜNE) bekräftigt, die Kultur sei ein Teil der Daseinsfürsorge. Die Stadt Ulm sei finanziell so gut aufgestellt, dass eine Indexierung von 5 % für die Zuschussempfänger im Bereich Kultur vorzusehen sei.

Daraufhin hält Oberbürgermeister Czisch ohne Widerspruch fest, dass das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Kultur dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

IV. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2023

Oberbürgermeister Czisch verweist auf die den Fachbereich Kultur betreffenden Gemeinderatsanträge und stellt daraufhin ohne Widerspruch fest, dass diese dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen werden.

Ergebnis:

Der **Teilergebnis-, Teilfinanzhaushalt** und das **Zuschussverzeichnis**, den Fachbereich Kultur betreffend, werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, GPR, ZSD/P, OV, AR, BI, KA, MS, MU, SH, TH, ZSD/HF, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
des Gemeinderats
vom 30. November 2022

öffentlich

§ 389

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2023
für den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. November 2022 (§ 391) aufgeführt.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, stellt Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint-Präsentation den Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2023 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2026, die den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffen (GD 901/22), vor. Die Präsentation bildet eine Anlage zu dieser Niederschrift.

Prioritäten

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) fordert eine realistische Betrachtung des Haushalts und eine Prioritätensetzung. Das was die SPD-Fraktion mit der Antragsflut beantragt habe, betrachte er als "Wunschkonzert". Bei den Prioritäten müsse man schauen, wo das meiste Potential vorhanden sei.

Stadtrat Eichhorn (FWG) legt dar, dass die Beschlüsse des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt im Haushaltplan ihren Niederschlag gefunden haben.

Jeder spreche von einer Zeitenwende seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine und mit den damit verbundenen Auswirkungen auf das Leben aller. Er habe den Eindruck, dass dies hier am Tisch noch nicht angekommen sei. Man habe noch eine gute Finanzlage in der Stadt und eine vorausschauende Politik, die die Realität beachte. Wichtig sei, klare Prioritäten zu setzen.

Wenn Neues aus der Mitte des Gemeinderats gefordert werde, dann müsse ehrlicherweise auch gesagt werden, was dann nach hinten geschoben werden solle. Er möchte nur anmerken, dass man sich in einer Konsolidierung befinde.

Stadtrat Milde (FDP) führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf das Ergebnis der Beschlüsse des vergangenen Jahres darstelle. Um etwas in den Haushalt einzubringen hatte man 12 Monate Zeit. Er verstehe jetzt die ganzen kurzfristigen Anträge zu den heutigen Haushaltsplanberatungen nicht.

Für Stadträtin Schwelling (GRÜNE) haben die Themen Energetische Sanierungen, Verkehrswende und Investitionen in den Klimaschutz im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt Priorität.

Stadtrat Ansbacher (SPD) sieht die Haushaltsplanberatungen als das Königsrecht des Gemeinderats an. Hier sei auch der Ort, um Anträge zu stellen.

Standards

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) ist der Ansicht, dass man im Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt Standards hinterfragen sollte. Hier möchte sie als Beispiele die Wilhelmsburg oder die Kindertagesstätten anführen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) vertritt die Meinung, dass man, vor der Senkung von Standards genau hinschauen müsse, wo es Sinn mache und wo es nicht möglich sei.

Bürgermeister von Winning merkt an, dass es schwer sei, an den Standards zu drehen. So sei z.B. beim Ausbau der Wilhelmsburg ein sehr niedriger Standard angelegt worden, trotzdem sehe alles sehr wertig aus.

Personal/Fachkräftemangel

Stadtrat Ansbacher (SPD) bittet um Auskunft, wie die vielen großen Projekte gestemmt werden. Man dürfe das Personal nicht überfordern und müsse ggf. beim Personal nachsteuern.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) macht sich Sorgen um die Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier könnte man mit einer Effizienzsteigerung und der Abgabe von Aufgaben an Dritte die Mitarbeiter entlasten. Hier spricht sie "Aufmaße nach außen geben" aus dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes an.

Bürgermeister von Winning führt aus, dass man in den letzten Jahren sehr viele zusätzliche Themen bearbeiten musste, wie z.B. die Krisenthemen oder auch die großen Aufgaben bei den Brückenbaumaßnahmen. Der Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt habe den höchsten Personalzuwachs in der Stadt.

Beim Tiergarten habe man eine gute Lösung gefunden. Bei den Entsorgungsbetrieben Ulm müsse man sich u.a. mit den Überstunden beschäftigen. Beim Zentralen Gebäudemanagement habe man zurzeit 6 Stellen unbesetzt. Bei der Hauptabteilung Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung konnte man durch die duale Ausbildung Fachkräfte gewinnen.

Das Thema "Aufmaße" sei nicht der große Renner, da dies im Hochbau in den meisten Fällen auf digitaler Grundlage gemacht werde. Wenn man die "Aufmaße" nach außen gebe, müsse eine Kontrolle und Überprüfung stattfinden.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass man bei den Personalthemen seit Jahren auch mit den Personalklausuren an den wichtigen Themen dran sei.

I. und II. Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt

Fachbereichsleitung

Landesgartenschau (LGS)

Stadtrat Walter (CDU/UfA) vertritt die Ansicht, dass man die LGS auch für die Erneuerung der städtischen Infrastruktur benötige. Man schaffe hier viele Freiräume, die man aber nicht gleich wieder überbauen dürfe.

Auch Stadtrat Eichhorn (FWG) betrachtet die LGS als ein Stadterneuerungsprogramm. Es sei ein Glücksfall, dass die LGS nach Ulm geholt werden konnte. Je mehr die LGS im Stadtbild sichtbar und greifbar werde, desto positiver werde sie auch in der Bevölkerung wahrgenommen.

Zentrales Gebäudemanagement

Toilettenkonzeption

Stadtrat Rivoir (SPD) bittet um einen Bericht im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt zur Toilettenkonzeption.

Oberbürgermeister Czisch sagt einen Bericht zu.

Stadtplanung, Umwelt, Baurecht

Wohnungswesen

Stadtrat Ansbacher (SPD) legt dar, dass mit der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Stuttgart näher an Ulm heranrücke und dann auch der Druck auf den Wohnungsmarkt in Ulm zunehmen werde. Deshalb dürfe man die Wohnungsbauziele, v.a. die Erstellung von preisgünstigem Wohnraum, nicht aus den Augen verlieren.

Stadtrat Walter (CDU/UfA) sieht in den Ortschaften viel Potential für den Wohnbau. Man habe teilweise bereits Ortsentwicklungspläne gemacht. Man könne sich auch eine Förderpolitik für Private vorstellen. Auch sei eine Zusammenarbeit mit der Sanierungstreuhand Ulm GmbH (SAN) in den Ortschaften denkbar.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass viele Standards, das Runterfahren von Förderprogrammen und die steigenden Zinsen den Bau von preisgünstigem Wohnraum verteuern. Deshalb müsse man die Standards anpassen und der Bund Förderprogramme wieder auflegen.

Bürgermeister von Winning führt kritisch an, dass die Zahl der Baugenehmigungen in den letzten Monaten deutlich nach unten gegangen sei. Man habe dieses Jahr 20 - 25 % weniger Bauanträge als im letzten Jahr.

Die Konzeptvergabe und die vorrangige Bedienung der Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) mit Grundstücken seien große Erfolge für die Stadt. Die Hoffnung und Erwartung an die private Bauwirtschaft habe sich nicht erfüllt, auch weil hier Fachkräfte fehlen und die Förderkulisse schwierig sei.

Stadtrat Ansbacher (SPD) führt aus, dass durch die Reform des Wohngelds mehr Menschen in den Genuss von Wohngeld kommen, was auch in Ulm mit einem erhöhten Aufwand bei der Bearbeitung von Anträgen verbunden sein werde. Von der Verwaltung wurde dargelegt, dass man bereits mehr Stellen eingespeist habe. Man werde dies jetzt beobachten und dann ggf. mit weiteren Personalstellen nachziehen müssen.

Bürgermeister von Winning merkt an, dass die Wohngeldreform eine gute Entwicklung sei. Jedoch sei der Start zum 1. Januar 2023 zu früh, da noch nicht alle Rahmenbedingungen vorhanden seien. So sei z.B. das Fachverfahren noch nicht einsatzfähig. Die Bundesregierung habe hier nicht auf die Kommunen gehört und den Start nicht wie von den Kommunen gewünscht, verschoben. Im Januar werde man sicher noch nicht die Bescheide ausstellen können.

Man habe zwei zusätzliche Stellen beantragt, werde aber in der Anfangsphase evtl. Personen aus anderen Bereichen abziehen und dann weitere Stellen beantragen müssen.

Klimawandel

Stadtrat Walter (CDU/UfA) bringt kritisch vor, dass man zum "Klimawandel" keine Mittel im Haushalt gefunden habe. Man müsse aber der Hitzeentwicklung und den Starkregenereignissen entgegenwirken. Ebenso müsse man sich bei den Baumaßnahmen über andere Baustoffe Gedanken machen.

Stadtrat Ansbacher (SPD) ist der Ansicht, dass man einen Klimahaushalt benötige, um zu sehen, wie viele Mittel im Haushalt eingestellt seien.

Bürgermeister von Winning macht deutlich, dass der Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe sei und deshalb an sehr vielen unterschiedlichen Stellen im Haushalt Mittel enthalten seien. Er nennt hier z.B. das Stadtgrün, die Entsiegelung oder die Stadtbäume.

Oberbürgermeister Czisch teilt mit, dass dies bei der Bildungsoffensive einfacher darzustellen gewesen sei.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) führt aus, dass Hy-FIVE (Wasserstoff) in seinen Augen ein guter Beitrag zur Klimapolitik wäre. Man müsse versuchen, ein Quartier mit Wasserstoffversorgung auszustatten.

Oberbürgermeister Czisch verdeutlicht, dass man hier mit der SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH dran sei. Es gebe aber viele Hürden, da gesetzliche Regelungen fehlen. Zu Wasserstofftankstellen gebe es noch keine abschließenden Regelungen.

Stadtteilentwicklungskonzept

Stadtrat Walter (CDU/UfA) führt aus, dass man mit dem Stadtteilentwicklungskonzept Wiblingen Erwartungen geweckt habe. Deshalb müsse man jetzt mehr Mittel in den Haushalt einstellen als die 100.000 €.

Er halte auch ein Entwicklungskonzept für das Donautal für dringend notwendig und fordere, eine Planungsrate in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeister von Winning merkt an, dass man das Stadtteilentwicklungskonzept Wiblingen für ein erfolgreiches Projekt halte. Viele Quick Wins seien bereits umgesetzt. Größere Projekte werden dann eigenständige Vorhaben werden und dort werden dann die Mittel eingestellt.

Zum Entwicklungskonzept Donautal bringt Oberbürgermeister Czisch vor, dass man sich hier bei den Zielen einig sei.

Lärmaktionsplan

Stadträtin Drozd (GRÜNE) hebt hervor, dass man die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt beschlossen habe, sie aber im Haushalt keine Mittel finde.

Bürgermeister von Winning teilt mit, dass Mittel im Budget vorhanden seien.

Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung

Mobilität

Nach Ansicht von Stadtrat Ansbacher (SPD) müsse man, damit die Mobilitätswende gelinge, Geld in die Hand nehmen. Man begrüße das 49-€-Ticket und bittet zu prüfen, ob auch die Mitarbeiter der Stadt dieses 49-€-Ticket von der Stadt bekommen können.

Man halte es für sinnvoll, wenn man durch die großen Baumaßnahmen in der Innenstadt wie z.B. Fußgängerzone Hirschstraße und Brückenneubauten, die Verkehrsströme unterbreche, wieder den ticketfreien Samstag anzubieten.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) führt aus, ab April 2023 solle das 49-€-Ticket kommen und deshalb als "Zwischenfinanzierung" einen ticketfreien Samstag zu fordern, bringe in seinen Augen nichts. Seine Fraktion sage Nein zum ticketfreien Samstag.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass durch günstige Tickets (z. B. 9-€-Ticket) oder den ticketfreien Samstag nachweislich keine signifikante Verlagerung beim Modalsplit erreicht wurde. Er sei gegen "Freibier für alle".

Straßen

Lärmschutz - B10 (Jungingen/Lehr)

Stadtrat Walter (CDU/UfA) bemängelt, dass im Haushaltplan hier keine Mittel eingestellt seien.

Bürgermeister von Winning entgegnet, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung gehandelt habe, da die Grenzwerte nicht überschritten waren. Die Stadt Ulm habe dem Land den Mehraufwand für den Flüsterasphalt bezahlt. Weitere Maßnahmen seien hier zurzeit nicht geplant.

Alte B10/Stuttgarter Straße

Stadtrat Walter (CDU/UfA) fordert auch hier dringend etwas in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeister von Winning entgegnet, dass hier im Haushalt Mittel enthalten seien (Orts-umfahrung).

Radwege

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) sieht das Radverkehrsangebot in der Münchner Straße als falsches Symbol. Mit diesem Geld (1,2 Mio. €) hätte man eine Vielzahl von Lückenschlüssen bei den Radwegen erreichen können, wie z.B. im Donautal.

Stadtrat Walter (CDU/UfA) hält es für sinnvoller, erst nach Fertigstellung der großen Baumaßnahmen wie z. B. der Gänstorbrücke, ein Radwegkonzept aus einem Guss auf den Weg zu bringen.

Stadtrat Milde (FDP) merkt kritisch an, dass man das Radverkehrsangebot in der Münchner Straße mit Stimmenmehrheit beschlossen habe und deshalb sei es für ihn unverständlich, dass dieser Beschluss jetzt wieder von der CDU/UfA-Fraktion in Zweifel gezogen werde.

In den Augen von Bürgermeister von Winning habe das Radverkehrsangebot in der Münchner Straße nichts mit Symbolen zu tun. Viele Fachleute sehen hier durch den Umbau einen positiven Beitrag zur Steigerung des Radverkehrs.

Parkraumbewirtschaftung

Stadtrat Ansbacher (SPD) legt dar, wenn man Veränderungen im Parksystem vornehme, dann sei dies nur sinnvoll, wenn man auch genügend Personal habe, um dies zu überwachen.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) ist der Ansicht, dass die Parkraumbewirtschaftung auch auf die Weststadt, die Oststadt und weitere Gebiete ausgeweitet werden müsse.

Bürgermeister von Winning hält die Parkraumbewirtschaftung für einen wichtigen Ansatz zur Mobilitätsveränderung. Im nächsten Jahr werde man die Neustadt, die Oststadt und das Dichterviertel anschauen. Danach werden weitere Gebiete folgen. Solange es nicht gelinge, Bußgelder in einer ernstzunehmenden Größenordnung in den Bußgeldkatalog aufzunehmen, sei der Ruf nach mehr Kontrollen wohlfeil.

Grünanlagen

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) beklagt, dass hier der Betrag über die Jahre hinweg gleichgeblieben sei. Ihrer Meinung nach müssten die Mittel nach oben gehen.

Gestaltung Donauufer

Stadtrat Walter (CDU/UfA) möchte, dass für diese wichtige Maßnahme Mittel eingestellt werden.

Öffentliche Plätze

Stadtrat Walter (CDU/UfA) fordert öffentliche Plätze zu entsiegeln und mit Bäumen zu bepflanzen und nicht nur aus Investorensicht zu denken.

Bei der Steingasse spreche er sich gegen eine Bebauung aus und sehe hier vielmehr einen öffentlichen Platz.

Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2023 (GD 970/22)

Zu den Anträgen, den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, werden folgende Ausführungen gemacht:

Konsolidierungsmaßnahme Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt Nr. 23 aus dem Jahr 2021

Reduzierung des Standards im Bereich Sommertrams, Wechselbepflanzung, und Biberschützmaßnahmen)

Erster Bürgermeister Bendel merkt an, dass man hier 2021 eine Reduzierung beim Öffentlichen Grün vorgeschlagen habe und zugesagt wurde, dieses Jahr dies nochmals aufzurufen (82.000 €).

Es erfolgt kein Widerspruch aus der Mitte des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt, dass diese Konsolidierungsmaßnahme wie vorgeschlagen umgesetzt wird.

Antrag 204, SPD-Fraktion: Illerbrücke Wiblingen - Ludwigsfeld

Es wird beantragt, Finanzmittel für Planungskosten für eine Brücke über die Iller zwischen Wiblingen und Ludwigsfeld spätestens in der Mittelfristigen Finanzplanung vorzusehen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) bittet darzulegen, ob diese Maßnahme mit der Stadt Neu-Ulm abgestimmt sei.

Erster Bürgermeister Bendel ist der Ansicht, dass man kein zusätzliches Neubauprojekt bei den Brücken aufnehmen sollte. In der Mittelfristigen Finanzplanung seien 330 Mio. € allein für die Sanierung der Brücken enthalten, was 28 % des Investitionsvolumens darstelle.

Stadtrat Eichhorn (FWG) wirft ein, dass für solch eine Brücke die Stadt Neu-Ulm zuständig wäre.

Stadtrat Ansbacher (SPD) schlägt vor, dies in einer gemeinsamen Sitzung mit der Stadt Neu-Ulm zu besprechen. Man ziehe den Antrag zurück.

Der Vorschlag der Verwaltung, das Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten gemeinsamen Sitzungen mit der Stadt Neu-Ulm zu nehmen wird befürwortet.

Antrag 209, SPD-Fraktion: Mehr Stellen in den Bereichen Wohngeld, Tiergarten, Stadtreinigung und Bürgerdienste

Es wird beantragt, mehr Stellen zu schaffen für die Wohngeldstelle, die Bürgerdienste, den Tiergarten und die Stadtreinigung bei der EBU.

Erster Bürgermeister Bendel sagt zu, "Wohngeld" als Prüfauftrag mitzunehmen und ggf. unterjährig nachzusteuern.

Beim "Tiergarten" werde man 2023 mit einer Projektstelle nachsteuern und mit einer vorgezogenen Nachfolgeregelung etwas machen.

Bei "EBU" werde man sich das Thema Überstunden anschauen und Vorschläge unterbreiten, die man dann in 2024 umsetzen könne.

Stadtrat Ansbacher (SPD) ist mit der Vorgehensweise einverstanden, bittet aber um einen Bericht zum "Wohngeld" im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt.

Bürgermeister von Winning sagt einen Bericht zu gegebener Zeit zu.

Stadträtin Kühne (SPD) bittet das Thema " Stadtreinigung " im Betriebsausschuss Entsorgung zu behandeln.

Oberbürgermeister Czisch sagt einen Bericht zu.

Antrag 221, GRÜNE-Fraktion: Prüfantrag: Arbeitsprozesse in der Bauverwaltung effizienter gestalten

Es wird beantragt zu prüfen, wie Arbeitsprozesse in der Bauverwaltung effizienter gestaltet werden können.

Erster Bürgermeister Bendel merkt an, dass eine Abarbeitung im Rahmen des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes erfolge. Die schriftliche Antwort werde auch den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis gegeben. Man schaue aber immer, wo die Effizienz gesteigert werden könne.

Für Stadträtin Weinreich (GRÜNE) ist es wichtig, dass jeder in seinem Bereich/seiner Abteilung schaue, wo es Effizienzpotential gebe.

Antrag 220, GRÜNE-Fraktion: Prüfantrag: Aufnahmen von Baumbestand in die Bilanz

Es wird beantragt zu prüfen, ob der Baumbestand in die städtische Bilanz aufgenommen werden kann.

Erster Bürgermeister Bendel führt aus, dass die Bäume mit 21 Mio. € in der Bilanz enthalten seien.

Prüfung Bestandsbauten auf energetischen Sanierungsbedarf

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) bringt vor, dass man bereits bei den Eckdaten beantragt habe, einen Sondertopf in Höhe von 5 Mio. € für die energetische Sanierung einzurichten. Als Gegenfinanzierung könne man die eingesparte Energie nehmen.

Es folgt eine Diskussion an der sich Stadträtin Weinreich (GRÜNE) und die Stadträte Eichhorn (FWG), Dr. Kienle (CDU/UfA) sowie Rivoir (SPD) beteiligen und Bürgermeister von Winning und Frau Jeremic (Leiterin des Zentralen Gebäudemanagements) auf Fragen und Äußerungen antworten.

Der Antrag von Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA)

1. von den bereits analysierten Bestandsgebäuden im Jahr 2023 10 Objekte umzusetzen und hierfür bis zu 5 Mio. € zur Verfügung zu stellen und
2. die noch nicht erfassten Bestandsgebäude hinsichtlich ihres energetischen Potentials in der Modernisierung zu analysieren und einen Bericht vorzulegen

wird mit Stimmenmehrheit (bei 11 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

beschlossen.

Erster Bürgermeister Bendel macht deutlich, dass dies jetzt eine Erhöhung der Schulden um 5 Mio. € bedeute.

Sanierung der Gögglinger Straße in Wiblingen

Der Antrag von Stadtrat Kuntz (FWG), die Sanierung der Gögglinger Straße in Wiblingen um zwei Jahre auf die Jahre 2023 und 2024 vorzuziehen (Investitionsvolumen: 1 Mio. €)

wird bei 3 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen

abgelehnt.

III. Zuschussverzeichnis

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der **Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt** (mit der Änderung für die energetische Sanierung 5 Mio. € einzustellen) sowie das **Zuschussverzeichnis** (einschließlich der Liste der weitergehenden Zuschussanträge - GD 905/22) den Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt betreffend, wird, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV, SUB, FR, GM, FW, Fachbereichspersonalrat, ZSD/P, alle OV, ZSD/HF, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung

des Hauptausschusses

des Gemeinderats

vom 30. November 2022

öffentlich

§ 391

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplans 2023

- Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung und Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
- Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -

Beratungsgrundlage sind die

1. GD 901/22 (Entwurf des Haushaltsplans einschließlich Stellenplan 2023 und der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 bis 2026),
2. GD 903/22 (Vorbericht),
3. GD 904/22 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2023),
4. GD 905/22 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2023 berücksichtigt sind),
5. GD 906/22 (Stellenplan 2023),
6. GD 916/22 (Ergänzungsliste zum Stellenplan 2023)
7. GD 970/22 (Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2023 als Tischvorlage)

Die Beratungsunterlagen sind - soweit nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2022, § 91, beigefügt - Anlage zu dieser Niederschrift.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Czisch, erläutert Erster Bürgermeister Bendel anhand einer PowerPoint Präsentation den Haushalt 2023 und die mittelfristige Finanzplanung 2022 - 2026. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Danach erläutert er folgende offenen Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2023, für die der Hauptausschuss zuständig ist: Anträge Nr. 203, 207, 208 und 209 der SPD-Fraktion und Antrag Nr. 222 der GRÜNEN-Fraktion.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA) verweist auf seine Ausführungen zu den Personalstellen im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt vom 30. November 2022.

Stadtrat Stittrich (FDP) bringt vor, dass sich die FDP-Fraktion in diesem Haushalt hinreichend wiederfinde und sie keine Extrawünsche habe.

Stadtrat Eichhorn (FWG) teilt die Auffassung von Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA).

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) erläutert kurz den Antrag der GRÜNEN Nr. 222. Auf die Bürgerdienste werde nächstes Jahr einiges an Arbeit zukommen.

Oberbürgermeister Czisch bemerkt, es gehe um die Menge, die neuen Anforderungen und die erhöhte Komplexität. Die Verwaltung brauche qualifiziertes Personal. Die Arbeitsplatzsituation müsse verbessert werden.

Stadtrat Ansbacher (SPD) verweist auf seine Ausführungen in der Sitzung des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt vom 30. November 2022. Bei der Ausländerbehörde müsse man genau hinschauen. Wichtig seien seiner Fraktion ferner die mittleren und unteren Eingruppierungen.

Oberbürgermeister Czisch schlägt vor, dass die Verwaltung einen Überblick über die unteren Einkommensgruppen gibt. Ferner verweist er auf die Tarifverhandlungen.

I. Bereich Oberbürgermeister

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten-, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Czisch berichtet, dass es runde Tische zu den Themen "zukunftsfähige Innenstädte" und "Werbung" für die Innenstadt gebe. Ein Problem sei die Kaufzurückhaltung in der Innenstadt.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) spricht das Thema "Fördermittelmanagement" an.

Oberbürgermeister Czisch macht deutlich, dass es Fördermittel von Bund, Land und Europa gebe.

Der Leiter der Zentralstelle, Herr Pawlak, legt dar, dass man eine Fachzugehörigkeit zu den Themen habe und berichtet über die Antragstellungen in seinem Bereich. Ähnlich gehe die Abteilung Digitale Agenda vor.

Seiner Meinung nach sei die Stadt in dem Bereich relativ gut aufgestellt. Nicht alle Projekte seien für Ulm geeignet. Bei Ausschreibungen von Förderprogrammen werden Prioritäten gesetzt.

Auch Oberbürgermeister Czisch ist der Ansicht, dass die Beantragung von Fördermitteln nicht bei jedem Förderprogramm für Ulm sinnvoll sei. Im Hauptausschuss könne man dazu einen Überblick geben. Seiner Meinung nach sei die Spezialisierung sinnvoller als die Schaffung einer extra Stelle für die Antragstellung.

Stadträtin Kühne (SPD) bittet, dass die Geschäftsstelle des Gemeinderats die Fraktionen schult. Die Unterlagen würden überwiegend digital versandt, aber die Suchfunktion bei Mandatos sei miserabel. Coronabedingt habe es wenig Fortbildungen gegeben. Die Fraktionen bräuchten Unterstützung bei ihrer Tätigkeit.

Oberbürgermeister Czisch bittet die Fraktionen, der Verwaltung zu sagen, wo der Schuh drücke.

Stadtrat Rivoir (SPD) stellt fest, dass die Ulm-App überholt sei. Wichtig wäre die Anzeige des Parkleitsystems.

Erster Bürgermeister Bendel legt dar, dass die App außer Betrieb genommen werde. Die Inhalte von Ulm.de seien gut auf den mobilen Endgeräten darstellbar. Die Parkplatzverfügbarkeit sei auf der App Ulm.de integrierbar.

Stadtrat Rivoir (SPD) entgegnet, dass das Parkleitsystem auf Ulm.de nicht angezeigt werde. Evtl. sollte der Innenstadthandel in die Ulm.de-App integriert werden.

Oberbürgermeister Czisch macht klar, dass man sich auf den Innenstadtdialog und die runden Tische konzentriere. Ziel sei die Schaffung von Einkaufserlebnissen. Die Idee, in einer App alle zu integrieren, sei nicht erfolgreich gewesen. Für kleine Händler sei der Onlinehandel wirtschaftlich nicht lukrativ. Sinnvoll wäre im Januar/Februar durch gezielte Maßnahmen dem Innenstadthandel einen Schub zu geben.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Oberbürgermeister - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Bereich Zentrale Steuerung und Dienste

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten -, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Zentrale Steuerung und Dienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

III. Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten -, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Türke, trägt zum Antrag der GRÜNEN Nr. 222 Folgendes vor: Schon 2020/21 und 2022 habe man hier Stellen geschaffen. Der Schlüssel sei pro 1000 Ausländer 1 Stelle. Nächste Woche werde man in das Thema "Umorganisation" einsteigen. Die Personalbemessung sei im ganzen Land ein Problem. Ferner sei bei den Bürgerdiensten die E-Akte eingeführt worden. Bei der Einbürgerungsbehörde werde man reagieren müssen (Stellenschaffungen).

Auch Oberbürgermeister Czisch hält das für ein wichtiges Thema. Das sei ein schwieriges Geschäft und man müsse situativ reagieren.

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Kienle (CDU/UfA), wie viele Leute im laufenden Einbürgerungsverfahren registriert seien, berichtet Herr Türke, dass es 400 Einbürgerungen pro Jahr gebe.

Auf die Frage von Stadträtin Malischewski (FWG) berichtet er über die Situation bei den Klimaklebern.

Stadtrat Ansbacher (SPD) spricht die Themen "Sicherheit" und "Verkehr" an. Diese sollen seiner Meinung nach im Gemeinderat behandelt werden. Ebenso soll es Informationen zu den Querdenkern geben. Zum Thema "Verkehr und Parken" soll im Gemeinderat eine Generaldebatte stattfinden.

Oberbürgermeister Czisch sagt eine Behandlung in den zuständigen Gremien zu.

Stadträtin Schwelling (GRÜNE) freut sich, dass die Sicherheitskräfte ihren alten Biss zurückgewonnen hätten. Sie signalisiert für ihre Fraktion ihre Unterstützung, falls es Bedarfe gebe. Zuwanderung sei im Hinblick auf den Fachkräftemangel wichtig.

Oberbürgermeister Czisch weist darauf hin, dass deshalb im Bereich des Sachgebiets Chancengerechtigkeit und Vielfalt der Bereich Fachkräftemangel und Internationalität verankert sei.

Herr Türke berichtet zum Thema "Verkehr" Folgendes: Bei der Geschwindigkeitsüberwachung habe es eine Neuorganisation gegeben. Es gebe eine Trennung zwischen Innen- und Außendienst. Das sei bis zum Oktober 2022 umgesetzt worden.

Zum Gemeindlichen Vollzugsdienst: Hier seien 14 Mitarbeitende im 3-Schicht-Betrieb beschäftigt. 2023 werde man 2 Stellen nachbesetzen. Pro Jahr gebe es 125.000 bis 140.000 Verwarnungen.

Oberbürgermeister Czisch betont, dass das Bußgeld eine erzieherische Maßnahme sei. Ziel seien nicht in erster Linie Mehreinnahmen.

Herr Türke geht davon aus, dass sich nächstes Jahr die Umorganisation positiv auswirken werde. Hier gehe es um Verkehrserziehung.

Oberbürgermeister Czisch ergänzt, dass die Landespolizei versuche, mehr Leute auf die Straße zu bringen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und dem Polizeipräsidium sei sehr kooperativ.

Herr Türke betont, dass ein Mitarbeitender des Kommunalen Ordnungsdienstes kein Polizeibeamter sei. Sicherheit sei Landesaufgabe.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) fragt, ob die mobilen Geräte bei Posern erzieherisch etwas gebracht hätten.

Herr Türke stellt klar, dass man die Situation bei den Posern erst im Frühjahr beurteilen könne.

Stadtrat Ansbacher (SPD) würde es begrüßen, wenn auf der Straße mehr Präsenz gezeigt würde. Auch die Umstrukturierung sollte in großer Runde vorgestellt werden.

Daraufhin werden der Teilergebnishaushalt - Entwicklung der Eckdaten - und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Bereichs Bürgerdienste - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

IV. Allgemeine Finanzmittel

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Gemeinderatsmitgliedern nicht ergriffen.

Der Teilergebnis- und der Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

V. Gesamthaushalt

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan

Hierzu wird das Wort seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, weitergehende Zuschussanträge, Personalaufwendungen einschließlich Stellenplan) wird - Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat mit den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung empfohlen.

VI. Gemeinderatsanträge zum Haushaltsplan 2022

Erster Bürgermeister Bendel befasst sich zunächst mit den für den Hauptausschuss relevanten Anträgen:

Antrag Nr. 203 der SPD-Fraktion, Verstärkung der ÖPNV-Nutzung

Zur fahrscheinlosen ÖPNV-Nutzung an Samstagen bis das 49-€-Ticket eingeführt sei, bemerkt er, dass das aus zeitlichen Gründen (fehlender Vorlauf) nicht möglich sei. Das Fazit aus der Evaluierung sei, dass die Wirksamkeit weitgehend auf den spezifisch entgeltfreien Samstag begrenzt sei. Das habe nicht zu einem Wechsel des Mobilitätsverhaltens geführt. Die Verwaltung rät davon ab.

Ferner werde beantragt, den Beschäftigten der Stadt und der Tochtergesellschaften ein adäquates Angebot zu machen, auch später bezogen auf Job-Ticket/49-€-Ticket. Die Stadt biete bereits jetzt das Job-Ticket an. Das koste pro Jahr 370.000 € und man erreiche damit ein Drittel der Beschäftigten. Die Stadt zahle circa 60 % des Ticketpreises, maximal 44 € monatlich.

Oberbürgermeister Czisch spricht die noch unklare Finanzierung des 49-€-Tickets an. Jeder Tarifverbund müsse dann seine Tarifstruktur neu sortieren. Grundsätzlich sei eine Vereinfachung zu begrüßen. Eine reine Ulm-Lösung sei systemwidrig. In Stuttgart streite man, wer die Rechnung bezahlen soll. Die Kommunen hielten es für sinnvoller, mehr Geld in die Infrastruktur zu stecken. Das 9-€-Ticket habe gezeigt, dass solche Angebote nichts nützen in übervollen, schlecht klimatisierten Bahnen oder Bussen. Deshalb gebe es die Regio-S-Bahn und die Linie 2 und es werden Batteriebusse bestellt. Sinnvoll sei ein Mobilitätskonzept.

Erster Bürgermeister Bendel bemerkt zum Thema "Kostenübernahme für Berechtigte, die das Sozialticket nutzen", dass man zunächst die Entwicklung des 49-€-Tickets abwarten müsse. Die bisherige Regelung für Lobby-Card-Inhaber sei gut (Kostenübernahme von 50 % durch die Stadt).

Stadträtin Kühne (SPD) entgegnet, dass früher die Einführung des fahrscheinlosen Samstag-Tickets schnell funktioniert habe. Man brauche gerade im Januar einen Schub für die Innenstadt.

Zum 49-€-Ticket/Job-Ticket: Da sollte die Stadt darauf vorbereitet sein. Im März soll ein Jugendticket kommen. Sie geht davon aus, dass künftig niemand mehr das Job-Ticket nehmen werde, sondern gleich das 49-€-Ticket. Der Arbeitgeber könnte den Aufpreis vom Jobticket zum 49-€-Ticket drauflegen. Die Stadt dürfe sich nicht am 49-€-Ticket bereichern.

Stadtrat Rivoir (SPD) schlägt vor, dass die Stadt die Differenz zwischen den 44 € und dem 49-€-Ticket übernehmen soll. Es gehe um die Stadt Ulm als attraktive Arbeitgeberin.

Erster Bürgermeister Bendel stellt klar, dass die Stadt 57,5 % des Ticketpreises beim Jobticket übernehme. Für 1000 Mitarbeitende bezahle die Stadt 370.000 €. Die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH (DING) entscheide, ob das 49-€-Ticket komme oder nicht. Wenn die Bundesregierung das 49-€-Ticket wolle, solle sie es auch bezahlen. Es sei nicht sicher, dass das 49-€-Ticket zum 1. April 2023 tatsächlich komme. Die Stadt Ulm werde nicht das 49-€-Ticket für die Mitarbeitenden übernehmen. Wenn die Stadt für alle Beschäftigten die Kosten dafür übernehmen würde, müsste man das auch bei den Lobby-Card-Inhabern tun. Weitergedacht bedeute das einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und eine Nahverkehrsabgabe. Erst später könne geklärt werden, wem im neuen System was zugutekommen soll. Er sei gegen eine Steuererhöhung. Die Verwaltung rät, die weiteren Entwicklungen abzuwarten.

Stadträtin Malischewski (FWG) ist der Ansicht, dass da auch die Stadt Neu-Ulm mit ins Boot geholt werden müsste.

Antrag Nr. 207 der SPD-Fraktion - Wertschätzung für städtische Beschäftigte

Erster Bürgermeister Bendel trägt dazu Folgendes vor:

Zur finanziellen Wertschätzung: Er weist auf freiwillige soziale Leistungen der Stadt in Höhe von 1,2 Mio. € pro Jahr hin.

Zur möglichen steuerfreien Inflationsausgleichszahlung (3000 €): Dazu verweist er auf die Tarifverhandlungen im Januar 2023.

Zu den Stellenbewertungen bei mittleren und unteren Entgeltstufen: Hierzu bringt er vor, dass die Stellenbewertungen in den städtischen Bewertungskommissionen entsprechend dem TVÖD/den Besoldungsstufen erfolgen. Spielräume würden zugunsten der Beschäftigten ausgelegt. Der Mindestlohn werde in allen Entgeltgruppen eingehalten und ggf. durch Zulagen gewährleistet.

Stadtrat Ansbacher (SPD) ist der Ansicht, man müsse prüfen, ob die untersten Lohngruppen überhaupt sein müssten.

Oberbürgermeister Czisch weist darauf hin, dass man im Tarifvertrag bleiben müsse. Man müsse die Ergebnisse der Tarifverhandlungen abwarten. Wegen der steigenden Personalkosten und des Personalzuwachses müsse man aufpassen. Er rät von einem Ulmer Sonderweg ab.

Stadträtin Malischewski (FWG) bedauert, dass die Stellenbewertungen noch nicht abgeschlossen seien. Die unteren Lohngruppen müsse man genau anschauen.

Stadtrat Ansbacher (SPD) rät, in der Personalklausur die unteren Entgeltgruppen aufzuarbeiten.

Erster Bürgermeister Bendel berichtet, dass es im Herbst 2023 eine Klausur des Bereiches Zentrale Steuerung und Dienste geben werde.

Antrag Nr. 208 der SPD-Fraktion - Schaffung einer unabhängigen Diskriminierungsstelle

Erster Bürgermeister Bendel bringt vor, dass man das Sachgebiet Chancengerechtigkeit und Vielfalt geschaffen habe. Das fungiere als Antidiskriminierungsstelle. Er sagt regelmäßige Berichte im Gemeinderat über den Fortschritt des Vielfaltskonzeptes zu. Er weist auf das städtische Handlungskonzept (GD 272/22) hin.

Stadträtin Glathe-Braun (SPD) stellt die Frage, inwieweit das implementiert sei. Sie sehe das als Prüfungsauftrag. Diese Stelle könnte im Sachgebiet Chancengerechtigkeit und Vielfalt verortet werden. Wichtig sei Niederschwelligkeit bei den Diskriminierungsanzeigen. Ebenso wichtig seien die Information nach außen sowie eine Online-Erfassung. Sie fordert regelmäßige Berichte über die Ergebnisse. Auch das Thema "Monitoring" sei wichtig.

Oberbürgermeister Czisch schlägt einen Bericht im Hauptausschuss zu spezifischen Fragen im ersten Halbjahr 2023 vor. Denkbar sei auch ein Bericht im Internationalen Ausschuss. Der Prüfungsauftrag werde von der Verwaltung bearbeitet.

Antrag Nr. 209 der SPD-Fraktion - Mehr Stellen in den Bereichen Wohngeld, Tiergarten, Stadtreinigung und Bürgerdienste

Erster Bürgermeister Bendel bringt vor, dass zusätzliche Personalbedarfe in den genannten Abteilungen im Haushalt 2023 berücksichtigt seien. Bei Bedarf werde unterjährig nachgesteuert.

Zum Thema "Wohngeld und Stadtreinigung" werde zu gegebener Zeit im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt bzw. im Betriebsausschuss Entsorgung berichtet.

Antrag Nr. 222 der GRÜNEN-Fraktion - Personalschlüssel in der Ausländerbehörde

Erster Bürgermeister Bendel berichtet, dass in einer sich in Vorbereitung befindlichen Organisationsuntersuchung die Bedarfe erhoben werden. Bei Bedarf werden unterjährig zusätzliche Personalstellen geschaffen.

Weitergehende Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2022

Erster Bürgermeister Bendel listet die weitergehenden Anträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushalt 2023 auf:

Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales

Antrag der SPD- und CDU/UfA-Fraktion sowie der GRÜNEN-Fraktion - Errichtung einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung

Die Verwaltung erarbeite Vorschläge hierzu und berichte im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales im zweiten Quartal 2023.

Antrag Nr. 210 der SPD-Fraktion - Beibehaltung des 100%-Stellenanteils Schuldnerberatung

Die Verwaltung habe zugesagt, die Entwicklung der Fallzahlen zu beobachten. Je nach Bedarf werde eine Projektstelle geschaffen, um Spitzen abzufedern (gemeinsam mit dem Antrag Aufstockung Clearingstelle)

Antrag Nr. 219 der SPD-Fraktion - Aufstockung der Clearingstelle der Wohnungslosenhilfe

Die Verwaltung habe zugesagt, die Entwicklung der Fallzahlen zu beobachten. Je nach Bedarf werde eine Projektstelle geschaffen. Bei Bedarf werde personell nachgesteuert (gemeinsam mit Antrag Nr. 210)

Antrag Nr. 218 der SPD-Fraktion - Projekt PräSenZ - Präventive Hausbesuche bei Senioren

Antrag Nr. 216 der CDU/UfA-, FWG- und SPD-Fraktion - NIQ - Informationen für armutsgefährdete Senior*innen

Antrag Nr. 215 der GRÜNEN-Fraktion - Armutsbericht "Armut im Alter"

Antrag Nr. 217 der FWG-, CDU/UfA- und SPD-Fraktion - Energiesparcheck für armutsgefährdete Senior*innen

Erster Bürgermeister Bendel trägt vor, dass verschiedene Anträge zum Thema "Altersarmut" zusammengefasst werden zum Gesamtpaket Altersarmut. Es sei mehrheitlich beschlossen worden, dass die Verwaltung ein Konzept erarbeite und Maßnahmen im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales vorschlage. 100.000 € Sachmittel werden aus den Allgemeinen Finanzmitteln zur Verfügung gestellt (ohne Stellenanteil).

Bürgermeisterin Mann bemerkt zu dem Maßnahmenpaket zum Thema "Altersarmut" Folgendes: Ohne Personal könne das Projekt "PräSenZ" nicht gemacht werden. Die bestehenden Stellenanteile müssten um kleine Anteile aufgestockt werden für "PräSenZ" und das Ressourcenmanagement.

Oberbürgermeister Czisch gibt zu Protokoll, dass das Projekt "PräSenZ" und das Ressourcenmanagement nur zu machen seien mit einem Stellenanteil. Da sei die Einschränkung "nur Sachmittel" nicht richtig. Das müsse der Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales beschließen.

Stadträtin Dr. Hartmann (CDU/UfA) betont, dass das Thema "Altersarmut" ihrer Fraktion sehr wichtig sei.

Antrag Nr. 214 der GRÜNEN-Fraktion - Begegnungsstätten in Stadtteilen und Quartieren

Erster Bürgermeister Bendel bringt vor, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden sei.

Antrag Nr. 211 der GRÜNEN-Fraktion - SSV Fanprojekt Fußball

Dieser Antrag sei mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Antrag Nr. 212 der GRÜNEN-Fraktion - Prüfantrag/Konsolidierungsvorschlag: 1 Menülinie in der KITA- und Schulverpflegung

Eine Prüfung werde zugesagt.

Antrag Nr. 213 der GRÜNEN-Fraktion - Indexierung

Die Anträge einer Indexierung in Höhe von 5% bzw. 2,5% seien mehrheitlich abgelehnt worden.

Fachbereichsausschuss Kultur

Antrag Nr. 213 der GRÜNEN-Fraktion - Indexierung

Erster Bürgermeister Bendel berichtet, dass dieser Antrag zurückgestellt worden sei.

Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Antrag der CDU/UfA-Fraktion - Die Konsolidierungsmaßnahme Reduzierung öffentliches Grün soll nochmals diskutiert werden.

Erster Bürgermeister Bendel berichtet, dass dieser Antrag zurückgestellt worden sei. Die Konsolidierungsmaßnahme werde umgesetzt.

Antrag Nr. 204 der SPD-Fraktion - Illerbrücke Wiblingen - Ludwigsfeld

Dieser Antrag sei zurückgezogen worden.

Stadtrat Ansbacher (SPD) ist damit einverstanden, wenn dieser Antrag in einer der nächsten gemeinsamen Sitzung des Ulmer Gemeinderats und des Neu-Ulmer Stadtrates beraten werde.

Die Verwaltung sagt zu, dass dieses Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten gemeinsamen Sitzungen mit der Stadt Neu-Ulm genommen werde.

Antrag Nr. 209 der SPD-Fraktion - Mehr Stellen in den Bereichen Wohngeld, Tiergarten, Stadtreinigung und Bürgerdienste

Erster Bürgermeister Bendel bemerkt, dass zusätzliche Personalbedarfe in den Abteilungen bereits berücksichtigt seien. Bei Bedarf werde unterjährig nachgesteuert. Zu den Themen

"Wohngeld" und "Stadtreinigung" werde im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt bzw. im Betriebsausschuss Entsorgung berichtet.

Antrag Nr. 221 der GRÜNEN-Fraktion - Prüfantrag: Arbeitsprozesse in der Bauverwaltung effizienter gestalten

Erster Bürgermeister Bendel bemerkt, das werde die Verwaltung prüfen.

Antrag Nr. 220 der GRÜNEN-Fraktion - Prüfantrag: Aufnehmen von Baumbestand in die Bilanz

Erster Bürgermeister Bendel macht deutlich, dass diese bereits ausgewiesen und mit 21 Mio. € bewertet seien.

Antrag der CDU/UfA-Fraktion - Prüfung Bestandsbauten auf energetischen Sanierungsbedarf

Der Antrag sei mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Zehn Objekte sollen umgesetzt werden und hierfür sollen bis zu 5 Mio. € eingestellt werden. Dadurch werde sich das Investitionsvolumen des Stadthaushaltes und die Kreditaufnahme um 5 Mio. € erhöhen.

Bürgermeister von Winning gibt zu Protokoll, dass die Umsetzung der 5 Mio. € zusätzlichen Sanierungsmitteln für Einzelgebäude mit dem bestehenden Personal nicht bewerkstelligt werden könne.

Antrag der FWG-Fraktion - Sanierung Gögglinger Straße

Erster Bürgermeister Bendel berichtet, dass der Antrag, dieses Projekt vorzuziehen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden sei.

Hauptausschuss

Antrag Nr. 203 der SPD-Fraktion - Verstärkung der ÖPNV-Nutzung

Erster Bürgermeister Bendel bemerkt, dass man die weiteren Entwicklungen im Verkehrsverbund DING bezüglich Jobticket/49-€-Ticket für Beschäftigte sowie für das Sozialticket abwarte. Abhängig davon werden die eigenen Angebote nochmals überprüft.

Antrag Nr. 207 der SPD-Fraktion - Wertschätzung für städtische Beschäftigte

Bezüglich einer möglichen steuerfreien Inflationsausgleichszahlung (3000 Euro) warte man die Tarifverhandlungen im Januar 2023 ab. Das Tarifergebnis werde umgesetzt.

Antrag Nr. 208 der SPD-Fraktion - Schaffung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle

Das Sachgebiet Chancengerechtigkeit und Vielfalt werde entsprechend berichten. Der Prüfauftrag werde von der Verwaltung bearbeitet.

Antrag Nr. 209 der SPD-Fraktion - Mehr Stellen in den Bereichen Wohngeld, Tiergarten, Stadtreinigung und Bürgerdienste

Zusätzliche Personalbedarfe in den genannten Abteilungen seien bereits im Haushalt 2023 berücksichtigt. Bei Bedarf werde unterjährig nachgesteuert.

Zu den Themen "Wohngeld" und "Stadtreinigung" werde zu gegebener Zeit im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt bzw. Betriebsausschuss Entsorgung berichtet.

Antrag Nr. 222 der GRÜNEN-Fraktion - Prüfantrag: Personalschlüssel in der Ausländerbehörde

Eine Organisationsuntersuchung sei zugesagt. Über das Ergebnis werde dem Gemeinderat berichtet. Bei Bedarf werden unterjährig zusätzliche Personalstellen geschaffen.

Oberbürgermeister Czisch schlägt vor, die Empfehlungen aus den Fachbereichsausschüssen unverändert an den Gemeinderat zu empfehlen.

Damit ist der Hauptausschuss einverstanden.

Daraufhin werden die weitergehenden Gemeinderatsanträge aus den Fachbereichsberatungen zum Haushaltsplan 2022

- Widerspruch wird nicht erhoben - dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen.

Ergebnis:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2023 (GD 901/22) und den Stellenplan (GD 906/22) unter Berücksichtigung der Ergänzungsliste zum Stellenplan 2023 (GD 916/22) und den unter Ziffer VI dargestellten Änderungen zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a. Im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2023 Kredite zu den jeweils günstigsten Konditionen aufzunehmen.
- b. Für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2023 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigsten Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.

- c. Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen, zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD (Frau Yilan), OB/B, LI, ZSD/P, GPR, ZSD/HF, ZSD/SB, RPA, 902/07

Niederschrift über die Verhandlung
des Hauptausschusses
des Gemeinderats
vom 30. November 2022

öffentlich

§ 392

Vorberatung des Entwurfs der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 - 2026

Beratungsgrundlage ist die

GD 902/22 (Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 - 2026), Investitionsprogramm

Die GD 902/22 bildet eine Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 16. November 2022, § 91.

Ohne Diskussion wird - Widerspruch wird nicht erhoben -

beschlossen,

beim Gemeinderat zu beantragen:

Den Entwurf der Mittelfristigen Finanzplanung 2022 - 2026 (GD 902/22) zu beschließen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, BD IV (Frau Yilan), OB/B, ZSD/P, ZSD/HF, ZSD/SB, RPA, 902/0